

## Finanzpolitische Überreaktionen gefährden Wachstum und Beschäftigung

Unter dem Titel »Finanzpolitische Überreaktionen gefährden Wachstum und Beschäftigung« hat das DIW die Wirkungen finanzpolitischer Alternativen, die gegenwärtig vorgeschlagen werden, für die nächsten 2 ½ Jahre berechnet (Tabelle 2).

Die geplante Begrenzung der Staatsausgaben auf einen Zuwachs von 4% in 1982 wird als ein »Kraftakt m kontraktiver Richtung« bezeichnet. Selbst wenn die Staatsausgaben in 1981-1983 um jährlich 6,5% stiegen (Potentialalternative), würde die Arbeitslosigkeit gegenüber 1980 um ca. ½ Mio. zunehmen, wenn man den bekannten Potentialanstieg berücksichtige. Folgte man den Empfehlungen des Sachverständigenrates, sei 1983 mit zusätzlich 200 000 Arbeitslosen zu rechnen, die Vorschläge des Finanzplanungsrates ergäben sogar 1,8 Mio. Arbeitslose im Durchschnitt von 1983.

Das DIW äußert sich ausführlich zur Finanzsituation der BA:

»Der Ausgleich des Defizits der Bundesanstalt für Arbeit durch den Bund ist sinnvoll als zusätzlicher Stabilisator im Konjunkturverlauf, nicht aber für den jetzigen Zustand hoher Dauerarbeitslosigkeit. Die Kosten der Arbeitslosigkeit sollten nicht durch Steuerfinanzierung verschleiert werden, insbesondere wenn man berücksichtigt, daß bei der heutigen Steuerstruktur im Falle einer alternativen Steuererhöhung ohnehin wieder vornehmlich die Lohnsteuerzahler belastet würden.

Tabelle 2: Simulationen finanzpolitischer Alternativen<sup>1)</sup>

Jahre	Alternative 1 A <sub>1</sub>			Alternative 2 A <sub>2</sub>			Alternative 3 A <sub>3</sub>			Alternative 4 A <sub>4</sub>		
	1981	1982	1983	1981	1982	1983	1981	1982	1983	1981	1982	1983
Veränderungen gegenüber Vorjahr in %												
Instrumentvariable (zu jeweiligen Preisen)												
Staatseinnahmen	5,2	6,2	7,2	3,9	4,4	6,1	5,1	5,7	6,2	3,3	3,2	5,2
dar.: Steuern	3,2	5,7	9,6	2,1	4,0	8,4	3,0	5,0	8,4	1,7	2,8	7,4
Sozialversicherungsbeiträge	8,5	5,7	5,7	6,5	3,5	4,8	8,4	5,3	5,0	6,2	2,6	4,1
Staatsausgaben	6,4	6,6	6,5	4,6	4,6	4,5	5,7	5,7	4,7	3,5	3,4	3,5
dar.: Staatsverbrauch	6,7	6,0	6,4	4,6	3,8	4,3	5,9	5,3	4,3	3,9	3,2	3,2
Öffentliche Investitionen	1,6	6,8	7,8	1,6	6,8	7,8	1,6	6,8	7,8	- 6,9	- 3,9	2,4
Transferzahlungen	5,9	6,1	6,1	3,8	3,6	3,5	5,2	4,8	3,9	3,8	3,4	3,3
Simulationsergebnisse												
Bruttoinlandsprodukt (zu Preisen von 1970)	- 0,9	1,9	3,6	- 1,3	1,4	3,0	- 1,1	1,6	3,0	- 1,7	0,8	2,6
Anlageinvestitionen (zu Preisen von 1970)	- 4,2	- 0,9	10,2	- 4,2	- 1,2	9,0	- 4,2	- 1,5	9,2	- 5,6	- 3,8	7,9
Privater Verbrauch (zu Preisen von 1970)	- 0,4	0,7	1,0	- 0,6	- 0,2	0,1	- 0,5	0,1	0,1	- 0,7	- 0,6	- 0,4
Preisindex des BSP (1970 = 100)	4,8	3,8	3,1	4,8	3,7	2,7	4,8	3,8	2,8	5,2	3,5	2,4
nachrichtlich:												
Arbeitslose (Zunahme in 1 000 gegenüber Vorjahr)	+310	+270	-90	+340	+350	0	+330	+340	-30	+360	+450	+70
Finanzierungssaldo (in Mrd. DM)	-60,8	-67,3	-66,8	-57,3	-61,2	-52,8	-57,2	-60,9	-52,5	-53,4	-56,5	-46,8

- 1) Der Prognosezeitraum erstreckt sich vom 1. Quartal 1981 bis zum 4. Quartal 1983. Der Einsatz alternativer finanzpolitischer Maßnahmen reicht immer vom 3. Quartal 1981 bis zum 4. Quartal 1983. Unterstellt man, was sicher realistisch ist, daß diese Maßnahmen erst im Verlauf des Jahres 1982 eingesetzt werden, sind die Ergebnisse um den entsprechenden Zeitraum in die Zukunft zu verschieben.
- A<sub>1</sub> Diese Alternative versucht, eine konjunkturgerechte Finanzpolitik abzubilden. Der jährliche Ausgabenanstieg beträgt etwa 6,5 vH. Zur Erhöhung der Einnahmen wurde ein Wegfall von Steuervergünstigungen von etwa 5,2 Mrd. DM jährlich, Subventionskürzungen in Höhe von 2,8 Mrd. DM jährlich und eine Anhebung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um einen Prozentpunkt unterstellt.
- A<sub>2</sub> Diese Alternative ist in Anlehnung an die Mehrheit des Sachverständigenrats konzipiert. Der Ausgabenanstieg ist auf etwa 4,5 vH begrenzt. Es werden keine Maßnahmen zur Einnahmenerhöhung unterstellt.
- A<sub>3</sub> Diese Alternative geht von demselben Finanzierungsdefizit wie Alternative 2 aus. Sie enthält jedoch einen höheren Ausgabenanstieg, der dadurch finanziert wird, daß die gleichen Einnahmeerhöhungen wie in Alternative 1 zugrunde gelegt werden.
- A<sub>4</sub> Diese letzte Alternative wäre die Konsequenz aus den Empfehlungen des Finanzplanungsrats, der einen Ausgabenanstieg von etwa 3,5 vH vorschlägt. Es werden keine Maßnahmen zur Einnahmeerhöhung unterstellt.

Quelle: Eigene Berechnungen mit der DIW-Version des ökonometrischen Konjunkturmodells der Forschungsinstitute.

Die Eingrenzung des finanziellen Spielraums des Bundes, aber auch Gründe der Transparenz und der Reversibilität sprechen dafür, die für die Arbeitslosenunterstützung erforderlichen Gelder durch Erhöhung der eigenen Einnahmen der Bundesanstalt für Arbeit aufzubringen. Der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung sollte deshalb angehoben werden.

Darüber hinaus sollten auch die Erwerbstätigen herangezogen werden, die bisher beitragsfrei sind; dies sind die Beamten und Selbständigen. Bei Selbständigen wäre allerdings ein geringerer Beitragssatz angebracht, um zum Ausdruck zu bringen, daß sie nur an der Finanzierung der Leistungen beteiligt werden, die neben dem Arbeitslosengeld erbracht werden (Umschulung, Fortbildung, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen etc.). Die Selbständigen sollten auch weiterhin vom Bezug des Arbeitslosengeldes ausgeschlossen bleiben.

Eine Anhebung des Beitragssatzes um einen Prozentpunkt würde 1982 Mehreinnahmen in Höhe von reichlich 6 Mrd. DM bringen. Bei gleichem Beitragssatz für Beamte kämen knapp 3 Mrd. DM dazu, von denen allerdings der Staat als Arbeitgeber die Hälfte tragen müßte. Insgesamt könnten so der Bundesanstalt 1982 Mehreinnahmen in Höhe von 9 Mrd. DM zur Verfügung stehen, der Bundeshaushalt würde um mindestens 7,5 Mrd. DM entlastet.

Die Einnahmeerhöhung sollte ergänzt werden durch Einsparungen in Einzelbereichen. Hier ist besonders an eine Überarbeitung der Bestimmungen zur vorzeitigen Verrentung von 60jährigen Arbeitslosen, die länger als ein Jahr arbeitslos waren, zu denken. Zu beachten ist freilich, daß diese Regelung, die die Rentenversicherung in höherem Maße als die Arbeitslosenversicherung trifft, bisher einen Beitrag dazu geleistet hat, daß die Jugendarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik vergleichsweise niedrig ist. Es muß daher vermieden werden, daß eine Änderung dieser Regelungen zu einer höheren Jugendarbeitslosigkeit führt. Nicht einzusehen ist aber, warum 59jährige Arbeitnehmer, die aufgrund erworbener Rechtsansprüche unkündbar sind, sich diese Unkündbarkeit durch Abfindung abkaufen lassen, um zunächst der Arbeitslosenversicherung und dann der Rentenversicherung zur Last zu fallen. Auch im Bereich der Kurzarbeit wären die Bestimmungen so umzugestalten, daß in Unternehmen nicht Überstunden und Kurzarbeit abwechseln.

Von verschiedenen Seiten ist in letzter Zeit die Reduzierung der Höhe des Arbeitslosengeldes als Strategie zur Verringerung des Defizits der Bundesanstalt in die Diskussion eingebracht worden. Empfohlen wird eine Kürzung des Arbeitslosengeldes von bisher 68 vH auf 60 vH des letzten Nettoentgelts. Hierzu ist zweierlei zu bemerken:

- Der Anteil des Arbeitslosengeldes dürfte in diesem Jahr 28 vH der Gesamtausgaben der Bundesanstalt betragen. Eine Herabsetzung in dem angegebenen Maß würde nur zu einer Einsparung von 1 Mrd. DM führen.



- Bemessungsgrundlage für das Arbeitslosengeld ist das letzte Nettoentgelt. Da Sonderzuwendungen wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld, aber auch erhöhte Werbungskosten und Sonderausgaben in der Regel bei der pauschalierten Festlegung des Nettoentgelts nicht berücksichtigt werden, beträgt die Einkommenseinbuße, bezogen auf das Jahresnettoeinkommen, bei längerer Arbeitslosigkeit knapp 40 vH. Eine Senkung des zur Berechnung des Arbeitslosengeldes festgelegten Prozentsatzes auf 60 vH des letzten Nettoentgelts hätte zur Folge, daß das Arbeitslosengeld nur etwa 55 vH des tatsächlichen Nettoarbeitsentgelts betragen würde. So stellt sich die Frage, warum die Empfänger von Arbeitslosengeld, deren Arbeitslosigkeit in der Regel nicht individuell verschuldet ist, derart starke Einbußen hinnehmen sollen, während die Personen, die einen Arbeitsplatz haben, durch die schlechte wirtschaftliche Situation kaum belastet werden.«

Nach: Wochenbericht 30/81 des DIW vom 16. 7. 1981.

